



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die politische Lage.

Zum viertenmale, seit der deutsche Nordbund eine Verfassung erhielt, sendet der deutsche Frühling Blüthenschnee und laue Luft über das Land, zum erstenmal trifft er die Privatunternehmungen der Bundesgenossen in gedeihlichem Aufschwung, Verkehr und Geschäft behaglich ausgebreitet. Eine befriedigende Ernte und wachsendes Vertrauen auf die Sicherheit der neuen Zustände haben den Druck von uns genommen, welcher durch drei Jahre auf der erwerbenden Thätigkeit des Volkes lag. Wenn der Geschäftsmann jetzt seine Zeitung zur Hand nimmt, so sucht er vor allem, ob seinem neu beschwingten Muth auch die große Politik der Staaten Bürgschaft für gute Dauer gebe. Von allen Seiten Friedensversicherungen, überall das Bestreben der Diplomatie politisches Gewölk durch kräftige Beschwörung auseinanderzublasen. Wohl noch bessere Bürgschaft für den Frieden Europas bietet der Umstand, daß Niemand Zeit zum Unfrieden hat. In Wahrheit hat es selten eine Zeit gegeben, in welcher sämtliche große Staaten, ja auch die kleinen Schmerzenskinder Europas so angelegentlich durch die wichtigsten inneren Lebensfragen in Anspruch genommen waren. Unser Bund endigt in diesem Jahr die erste Periode der Gesetzgebung und seiner Neubildungen, die Wahlen zum neuen Reichstage beeinflussen bereits die Abstimmungen der Parteigenossen und die Artigkeiten des Hofes, von ihrem Ausfall wird abhängen, ob die sicherste Grundlage des neuen Bundes, die Militärorganisation mit oder ohne Stürme in ihrer Continuität erhalten bleibt. Aber noch andere Lebensinteressen Deutschlands reifen der Entscheidung zu, die obere Leitung des Bundes erfordert die Einrichtung neuer ergänzender Organe für Rechtspruch und Verwaltung, die Lage kleiner Bundesstaaten ist bereits so schwierig geworden, daß eine Aenderung ihrer Stellung zum Bunde sich über das Jahr 1871 hinaus schwerlich aufschieben läßt, der Rückfall der größeren Südstaaten in ihr altes Behagen und der wachsende Einfluß der großdeutschen und ultramontanen Partei bedrohen das Verhältniß des Südens zum Bunde mit neuen Gefahren; in Preußen selbst nimmt die Empfindung zu, daß die Herrschaft der conservativen Partei in der inneren Verwaltung, in Cultus und Unterricht, der Zukunft des Staates schwere Einbußen bereite. Aber wie sehr auch das Ungenügende des gegenwärtigen Zustandes den Einzelnen ärgert, die Unzufriedenheit ist bei uns doch nur die Mahnung zu kräftigerem Fortschritt auf der betretenen Bahn, weit obenauf ist die stolze Empfindung, daß es trotz allem in zeitgemäßer Entwicklung vorwärts geht und daß am Himmels- haus des deutschen Bundes die guten Sterne in fröhlichem Aufsteigen sind,

So oft wir unser Dasein im neuen Großstaat mit dem anderer Nationen vergleichen, empfinden wir fröhlich, daß wir keine von allen zu beneiden Ursache haben. Selbst das reiche England nicht.

Dort imponirte uns in den letzten Wochen wieder ein Staatshaushalt, der wie spielend die großen Lasten für Heer und Flotte trägt, eine Größe des Wohlstandes, die wir noch ein Jahrhundert entbehren müssen, ein Haus der Abgeordneten, welches an große Geschäfte so gewöhnt ist, daß es eine unentbehrliche Regierung nicht wegen 100,000 Pf. St. Zolleinnahmen in die Gefahr einer Niederlage setzt. Dagegen sind wir frei von den Schwierigkeiten, welche die irischen Angelegenheiten dem englischen Ministerium bereiten. Wir würden in den Grenzkreisen Posen's und Jütlands gegenwärtig Zustände für unerträglich halten, wie sie in dem größeren Theil von Irland bestehen: ein durch Glauben und historische Ueberlieferung der Idee des Staates abgeneigtes Volksthum, in welchem socialer Haß jede Woche einen neuen politischen Mord verursacht, in welchem der Richter und Geschworene terrorisirt, der Meuchler durch die Theilnahme und Mitschuld eines großen Theils der Bevölkerung ermuthigt wird. Jetzt endlich fühlt man in England, daß die sociale Reform des Grundbesitzes, welche durch die Regierung betrieben wird, nicht nur eine Frage der Ehre, auch der politischen Genesung geworden ist, und daß doch mehr als eine Generation sich ausleben wird, bevor der feindliche Gegensatz der Völker, die Erbschaft von vier Jahrhunderten innerer Kämpfe und Mißregierungen, getilgt werden kann.

Leidenschaftlicher und auf einen Tag gestellt, ist die innere Spannung in Frankreich. Der alternde Kaiser hat noch einmal sein demokratisches Rüstzeug herausgesucht, um sich und seiner Dynastie die nächste Zukunft zu sichern. Nach 19 Jahren einer Regierung, welche reich an großen Reformen und an glänzenden Erfolgen war, fordert er seine Franzosen, Mann für Mann auf, darüber abzustimmen, ob sie mit seinem System, mit ihm und seinem Hause zufrieden sind. Wir haben in den letzten beiden Decennien Vieles in der Politik erlebt, was noch unsere Väter für ganz unmöglich gehalten hätten, aber das Außerordentlichste von Allem ist doch wohl die allgemeine Abstimmung über Leben und Werth einer Dynastie. Es ist sehr wohlfeil, diese Abstimmung einen leeren theatralischen Coup zu nennen. Im Gegentheil, es liegt ein furchtbarer Ernst darin. Dort in Frankreich kämpfen weit andere Gewalten gegeneinander und gegen die Regierung, als bei uns. Die öffentliche Meinung, wie sie sich in einer unruhigen, geistreichen, übermächtigen Hauptstadt macht, und wie sie durch die Presse von abhängigen, ehrgeizigen und parteisüchtigen Individuen verbreitet wird, ist dort die turbulente Herrscherin des Tages. Dem leitenden Minister von Frankreich sind die Audienzen mit den Journalisten von Paris und den Correspondenten fremder Zeitungen

fast wichtiger als die Stunden, in denen er die Vertreter fremder Großmächte empfängt, und er wandelt auf dem Trottoir Arm in Arm mit dem Vertreter eines einflussreichen Blattes, um für seine Maßregeln geneigtes Urtheil zu finden. Und wieder gegenüber dieser bedrohlichen, unzuverlässigen, reizbaren Macht der Tagesmeinung in der Hauptstadt sucht der Herr des Ministers, der Kaiser selbst, sich einen anderen Richter. Er appellirt an die Meinung der großen Masse, welche von dem Wellengeräusch der Presse, die über ihren Köpfen wogt, noch wenig aufgeregt wird. Aber die Gewalten der Tiefe, welche der Kaiser beschwört, werden zum großen Theil durch eine andere geheime Macht regiert, durch die Priester der katholischen Kirche. Gegen die treibende Unruhe und die Frivolität der Stadtbildung beschwört der Kaiser als höhere Gewalt den Sinn der Millionen herauf, welche in der Stille geleitet werden, oft ohne zu wissen, durch wen. Wir zweifeln nicht, daß dem Kaiserreich wieder eine große Mehrzahl der Franzosen Recht geben wird, wenn nicht mehr acht Millionen vielleicht doch sieben Millionen. Und in einigen Jahren vielleicht sechs Millionen oder weniger. Eine solche absteigende Scala der Volksstimmen ist für die höchste Gewalt eines Staates, welche doch zu einer Dynastie werden will, auf die Länge unmöglich, sie erscheint uns Deutschen wie der Uebergang zur Republik, das heißt für Frankreich zu einer Gewalt Herrschaft der Stadt Paris über bevormundete Provinzen in neuen Formen.

Sieht es doch aus, als sollten die Völker romanischer Sprache, denen ihr leidenschaftliches Naturell und die Herrschaft der römischen Kirche die Continuität einer starken Regierung nöthiger machen, als den Germanen, der Reihe nach die Grundlagen eines monarchischen Staatslebens verlieren. Spanien vermag keinen König zu finden, und das Haus Savoyen fühlt im Frühjahr 1870 sich in seiner Herrschaft über Neapel und Sicilien unsicherer als im Jahre 1866.

Ein lehrreiches Gegenbild zu den französischen Zuständen bieten die Verfassungskämpfe des österreichischen Kaiserstaats. Dort bindet ein altes Fürstengeschlecht, uralte Zusammengehörigkeit und die reale Gewalt aller Verkehrsinteressen die Landestheile zu einer politischen Einheit zusammen. Dennoch ist dort gegen den Widerstand der einzelnen Theile das allgemeine Stimmrecht nicht einmal für die Wahl von Abgeordneten zum Reichstage durchzusetzen. Wie die Ungarn fordern Polen und Czechen die despotische Herrschaft ihrer Sprache und ihres Volksthums über die abgeneigten Bevölkerungstheile ihrer Landschaft, und die Verhandlungen, welche das Ministerium Potocki in diesen Tagen mit den trotzigem Parteiführern gepflogen hat, lassen sehr unsicher, ob es dem Ministerium der Vermittelung gelingen wird, von Oestreich eine Herrschaft der alt-conservativen Partei und ein zeitweiliges Zurücktauen auf

die alte Landtagswirthschaft fern zu halten. Gibt es einen Staat, welchem Frieden noth thut, so ist es Oestreich. Und doch hängt dieses Glück bereits von dem guten Willen eines feindlichen Nachbarn ab, und dieser ist Rußland.

Was sich dort vollzieht, fordert Kritik und Sorge des ganzen civilisirten Europas heraus. Dort wird nicht nur den Polen, auch den Deutschen, demnächst den Finnen das moskowitische Wesen durch Gewaltmittel aufgedrängt, welche in einem Culturstaat unerhört sind und den Großmächten Europas mit jedem Monat näher legen, daß es ihr solidarisches Interesse ist, gegen solche Tyrannis übertünchter Barbarei Abwehr zu finden. Die Macht, welche der Staat Peter des Großen unter Alexander II. erreicht hat, ist bereits eine Gefahr für die abendländische Cultur geworden, der Troß, mit welchem die Partei des jungen Rußland ihre Intriguen bis in das Herz von Böhmen und an die Küsten Dalmatiens spinnt, und der harte Hochmuth, mit dem sie ihre Grenznachbarn behandelt, drohen in kurzem eine große Zurückweisung unvermeidlich zu machen. Oestreich und der Nordbund haben hier gleiches Interesse und es ist dringend zu wünschen, daß die alte Gereiztheit beider Großmächte einem aufrichtigen Einvernehmen weiche. Nicht ohne Mühe wird durch die persönlichen Eigenschaften des Kaisers Alexander von Rußland das gute Einvernehmen zwischen Petersburg und Berlin erhalten. Den Großfürsten Thronfolger betrachtet man in Deutschland als einen eifrigen Förderer der feindseligen moskowitischen Politik.

Während in den beiden katholischen Großstaaten die Regierungen allgemeine Abstimmungen und einen Appell an die Millionen der Wähler erstreben, fehlt zu Rom bei den Abstimmungen der höchsten Kirchenfürsten allzusehr die Freiheit, welche die moderne Civilisation von jedem Urwähler fordert. Die Polizei ist zu Rom argwöhnisch gegen Bischöfe geworden. Denn Herr v. Ketteler schreibt gegen die Curie, Cardinal Rauscher und Cardinal Schwarzenberg sprechen gegen die Curie, die Broschüre des Bischofs Hefele wird von der römischen Post confiscirt. Wer ein Jahr einsam im Eise des Nordmeers Wallrosse beobachtet hätte und jetzt heimkehrte, er würde solche unerhörte Wandlung dem zuverlässigsten Mann nicht glauben. Freilich, wenn daheim ein Curat des opponirenden Bischofs laut dasselbe behauptet, wofür der Bischof zu Rom stimmt, so wird ihm vom bischöflichen Rath das Amt verboten! — Unbehilflich vollzieht die alte Kirche ihre Umwandlung aus einer Aristokratie in einen geistlichen Cäsarenstaat, und die Herren Rauscher und Ketteler haben nicht geringe Aehnlichkeit mit Brutus und Cassius, nur daß sie nicht den Dolch in der Tasche bergen, sondern Concepte untergebutterter, niedergeschriener, ausgetrommelter Reden. Wenn erst Cäsar Pius ihren Widerstand niedergedrunzelt hat und durch das placet von 500 Pfaffen für unfehlbar erklärt ist, dann erst wird sich zeigen, wie viel Stolz, Ehrgefühl, christliches Gewissen in den Fürsten der deutschen Kirche zu finden ist.

♀

Verantwortlicher Redacteur: Gustav Freitag.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüffel & Regler in Leipzig.